

Solidarität mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Danmarks Radio

Hunderte Stellen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Dänemark sollen wegfallen – Vielfalt der Medienlandschaft in Gefahr

Die Personal- und Betriebsratsvorsitzenden der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands erklären bei ihrem Jahrestreffen im September 2018 in Leipzig ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Dänemark. Danmarks Radio soll durch die Umstellung des Finanzierungssystems von Rundfunkbeitrag zu Steuerfinanzierung rund 20% weniger Mittel bekommen und muss Beschäftigte und Programme einsparen. Drei von sechs Fernsehsendern und drei Radiosender bei Danmarks Radio sollen schließen. Vordergründig geht es bei dieser Entscheidung um Geld. Durch die Finanzierungsreform des Rundfunks in Dänemark fallen rund 400 Arbeitsplätze weg.

Tatsächlich geht es aber um viel mehr: um die Medienvielfalt in Dänemark und damit um die Demokratie. Das öffentlich-rechtliche Danmarks Radio ist neben privatwirtschaftlich organisierten Sendern, Verlagen und Online-Medien unverzichtbarer Bestandteil einer pluralistischen Medienlandschaft. Demokratische Gesellschaften sind auf eine vielfältige Medienlandschaft angewiesen, in der Journalistinnen und Journalisten informieren und kommentieren, Missstände aufdecken und zur Meinungsbildung der Bürger beitragen. Dass konservative Kräfte zusammen mit Rechtspopulisten dieses System in Frage stellen oder sogar abschaffen wollen, ist kein dänisches Phänomen. Der öffentliche Rundfunk ist in vielen europäischen Ländern in seiner Existenz bedroht.

Die Umstellung von einem Rundfunkbeitrag hin zur Steuerfinanzierung gefährdet zudem die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Dänemark. Das bisherige beitragsorientierte Solidarmodell sicherte wie bei uns die Unabhängigkeit und Staatsferne des dänischen Rundfunks. Die Umstellung auf ein Steuermodell verlagert die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Dänemark in die Abhängigkeit des Staates.

Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte in der dänischen Gesellschaft, sich gegen den Kahlschlag bei Danmarks Radio zu stellen. Dort wie hier brauchen wir ein klares Bekenntnis zu einem leistungsfähigen öffentlichen Rundfunk und eine sichere Finanzierung, damit Danmarks Radio wie auch ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutsche Welle ihre unverzichtbare Aufgabe für Demokratie und Pluralismus wahrnehmen können.

i. A. Dirk Gläßer

Vorsitzender des Gesamtpersonalrates des MDR

Tel. 0341-300 7000

E-Mail: gesamtpersonalrat@mdr.de